Russland

Ein Bollwerk der Konterrevolution

Kontinuitäten und Brüche einer halb-asiatischen Despotie

Antideutsche Kommunisten Leipzig

Antideutsche Kommunisten Leipzig
Selbstverlag, Leipzig 2025

ANTIDEUTSCHE KOMMUNISTEN LEIPZIG

RUSSLAND • EIN BOLLWERK DER KONTERREVOLUTION

KONTINUITÄTEN UND BRÜCHE EINER HALB-ASIATISCHEN DESPOTIE

Instagram Texte Facebook

Der folgende Text basiert auf dem überarbeiteten und ergänzten Manuskript eines gleichnamigen Vortrags der ‚Antideutschen Kommunisten Leipzig' vom November 2022.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung 6

1. Historischer Materialismus und Asiatische Produktionsweise ... 8
- Das materialistische Geschichtskonzept 8
- Asiatische Produktionsweise und Orientalische Despotie 10
- Kapitalistische Gesellschaft 13

2. Russlands halb-asiatische Tradition 14
- Die Kiewer Rus als Teil der frühfeudalen Welt 14
- Die Orientalisierung der Rus durch die Mongolen 15
- Die Verstärkung asiatisch-despotischer Tendenzen im russischen Zarenreich 17
- Die Bauernfrage in der Russischen Revolution 19

3. Über die Oktoberrevolution in die asiatische Staatssklaverei ... 20
- Bürgerliche Revolution unter bolschewistischer Führung 20
- Asiatische Staatssklaverei in der Sowjetunion 21

4. Ökonomie und Staatsverfassung des heutigen Russlands 26
- Der Aufstieg des Putin-Regimes aus dem Untergang der Sowjetunion ... 26
- Die Krise des Putin-Regimes 30

5. Der russische Krieg zur Vernichtung der ukrainischen Nation ... 33
- Die Vorgeschichte ab 2004 33
- Die Invasion seit 2022 35
- Kriegswirtschaft in Russland 37

6. Ausblick 40

Verwendete Literatur 42

EINLEITUNG

Vor nunmehr elf Jahren entfesselte die Russländische Föderation einen unerbittlichen Krieg gegen die Ukraine. Seit seiner massiven Ausweitung im Jahr 2022 muss sich das Land mit allen verfügbaren Kräften gegen die angreifende russische Armee zur wehr setzen. Die Barbarei, mit der die Ukraine seitdem überzogen wird, zeigt sich im Verhalten der russischen Armee, die wiederum das Wesen des russischen Staates selbst abbildet.

Seit Jahrhunderten tritt dieses Land weltpolitisch als Bollwerk der Konterrevolution auf den Plan. Wenn heutzutage der demokratische Aufbruch in der Ukraine mit einer militärischen Intervention beantwortet wird, dann reiht sich das in eine lange historische Kontinuität ein. Beispiele für diese gibt es mehr als genug: Die Koalitionskriege gegen die Französische Revolution, die Heilige Allianz mit der Russland im Bündnis mit Preußen und Österreich demokratische Tendenzen nach dem Wiener Kongress niederhielt, die Aufteilung Polens durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland, die Verhinderung der deutschen und österreichischen Revolution 1848, die Niederschlagung revolutionärer Aktivitäten in Polen, die Sabotage kommunistischer Revolutionen durch die Komintern, das Agieren stalinistischer Agenten im spanischen Bürgerkrieg, der Pakt mit Hitler, und neuerdings die Unterstützung reaktionärer Kräfte

weltweit, insbesondere in West- und Zentralafrika, sowie im Nahen Osten.

Der aggressive Charakter der russischen Politik ist keine in der russischen Nationalpsyche statisch festgelegte Konstante, wie das Geraune von einer „asiatischen Gefahr" nahelegen könnte, dem der von uns verfolgte materialistische Ansatz strikt entgegengesetzt ist. Er resultiert vielmehr aus der russischen Geschichte selbst. Putin steht nicht nur in der Tradition von Stalin und der Sowjetunion, sondern auch in der des Zarismus. Seine Herrschaft reaktiviert aber auch Elemente der russischen Geschichte, die noch weiter zurückreichen, eine halbasiatische Despotie, die das Land seit dem mittelalterlichen Mongoleneinfall geprägt haben.

In den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 f. traten historische Diskontinuitäten und Brüche zutage, in denen von Russland progressive Impulse auf Kunst, Wissenschaft und Politik ausgingen, die maßgeblich gegen die russische Tradition gerichtet waren. Diese revolutionären Brüche könnten heute im besten Fall wiederbelebt und an sie angeknüpft werden. Voraussetzung hierfür ist aber eine historische Kritik der despotischen Geschichte dieses Landes, an der letztendlich alle bisherigen revolutionären Versuche abgeprallt sind.

Freie Individualität ist eine entscheidende Basis eines nicht-kollektivistischen, individualistischen Kommunismus. Der politische und gegenwärtig auch militärische Kampf gegen die despotische Achse, zu der wir neben der Russländischen Föderation auch die Volksrepublik China, die Islamische Republik Iran und andere zählen, hat aus unserer Sicht das Potenzial dazu, zum Kampf um eine universelle soziale Befreiung ausgeweitet zu werden.

1. HISTORISCHER MATERIALISMUS UND ASIATISCHE PRODUKTIONSWEISE

Das materialistische Geschichtskonzept

Das westliche Gebiet der heutigen Russländischen Föderation gehörte im 9. Jahrhundert als Teilgebiet der Rus zunächst zur feudalen Welt Europas, war also „westlich". Im 13. Jahrhundert wurde es durch die Mongolen „orientalisiert" und schlug seither eine gänzlich andere Entwicklung als seine westlichen Nachbarstaaten ein. Es fand dort keine westlich-kapitalistische Entwicklung statt, es entstand kein unabhängiges Bürgertum und keine typische Klassengesellschaft mit doppelt freien Lohnarbeitern. Die gesellschaftliche Entwicklung in Russland hat damit nicht dem Bilde entsprochen, wie es die herkömmliche, marxistischen Geschichtsauffassung vorgezeichnet hatte. Der sowjetische Marxismus wollte dieses Bild gerade rücken, indem er die geschichtliche und gesellschaftliche Realität Russlands gerade rücken wollte – mit katastrophalen Folgen.

An Russland scheint das lineare Schema des historischen Materialismus versagt zu haben. Will man ein materialistisches Konzept von Geschichte nur erhalten, sondern gewinnbringend anwenden – und darauf sollte man aus unserer Sicht nicht verzichten – erfordert dies ein Umdenken. Es erfordert ein Konzept, dass die Entwicklung der Menschheit von ihren Anfängen her begreift und dennoch divergierende Momente erfasst, ein Konzept, dass auf einer materialistischen Betrachtung der Geschichte beruht, ohne aber als lineares oder gar

teleologisches Schema daherzukommen.

Mit einer unterschiedslos generalisierenden Kritik des historischen Materialismus, wie sie nach dem Zerfall des Ostblocks aller Orts anzutreffen ist, wurde zugleich jeglicher materialistische Geschichtsansatz entsorgt. Stattdessen traten strukturalistische Ausrichtungen kommunistischer Kritik hervor, in der geschichtliche Ansätze weitgehend liquidiert wurden. Zumindest im Sinne eines folgerichtigen, rational verstehbaren, sich von den Individuen verselbständigenden und durch frei assoziierte Menschen unter Kontrolle zu bringenden Prozesses, der bislang nur als Anhäufung von Katastrophen fortschreitet. Namentlich in der „Wertkritik" und der „Neuen Marx Lektüre" reduziert sich kritische Theorie auf Kritik der politischen Ökonomie. Die Frage, wie es zur kapitalistischen Gesellschaft gekommen ist und wie sie gebrochen werden vermag, kann dann nicht mehr diskutiert werden.

Der materialistischen Auffassung von Geschichte zufolge unterscheiden sich Menschen von Anbeginn von den Tieren. Durch Veränderungen des Ökosystems in Zentralafrika wurden sie aus ihrer gewohnten und an sie angepassten Umwelt herausgerissen und mussten fortan ihre Lebensbedingungen durch Arbeit selbst produzieren – anfangs mit sakraler Praxis verquickt. Historisch konstituierte sich dabei sukzessive ein Konnex zwischen einem „gesellschaftlichen Sein" und einem „Bewußtsein", als bewusstem Sein, beide ihrerseits historisch gesellschaftlich konstituiert. Zentraler Gegenstand des Theorems ist die erkenntnistheoretische Frage, wie das Denken mit der Gesellschaft zusammenhängt, diese als Ideologie verkehrt widerspiegelt und die herrschenden Verhältnisse damit legitimiert.

Aufgrund der Grundlage, wie produziert und reproduziert wird, können verschiedene Entwicklungsepochen

unterschieden werden: Urgesellschaft, asiatische Produktionsweise, antike Sklavenhaltergesellschaft, Feudalordnung und die kapitalistische Gesellschaft. Die letzte beinhaltet den Keim für eine höhere, kommunistische Assoziation der gesamten Menschheit. Da diese Entwicklung ausschließlich post festum zu konstatieren ist, muss sich die materialistische Geschichtsauffassung alle objektive Teleologie aus dem Kopf schlagen. (Lukács: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins)

Asiatische Produktionsweise und Orientalische Despotie

In einigen, hochzivilisierten Gebieten (z.B. China, Indien, Mesopotamien, Ägypten) verfestigte sich die aus der Urgesellschaft hervorgegangene asiatische Produktionsweise und bildete eine orientalische Despotie aus, d.h. eine zyklisch verlaufende, despotisch zusammengehaltene Gesellschaft, die nicht mehr über sich selbst hinaustreibt. Dazu Marx:

„Seit undenklichen Zeiten gab es in Asien nur drei Regierungsdepartments, das der Finanzen oder für die Ausplünderung des eigenen Volkes; das des Krieges oder für die Ausplünderung anderer Völker; und schließlich das der öffentlichen Arbeiten [...] [D]ie weiten Wüstenstriche, die sich von der Sahara quer durch Arabien, Persien, Indien und die Tatarei bis in das asiatische Hochland ziehen, bedingten künstliche Berieselung durch Kanäle und Wasserwerke, die Grundlage der orientalischen Landwirtschaft. [...] Die unbedingte Notwendigkeit einer sparsamen und gemeinschaftlichen Verwendung des Wassers [...] machte im Orient, wo die Zivilisation zu niedrig und

die territoriale Ausdehnung zu groß war, um freiwillige Assoziationen ins Leben zu rufen, das Eingreifen einer zentralisierenden Staatsgewalt erforderlich. Hierdurch wurde allen asiatischen Regierungen eine ökonomische Funktion zugewiesen [...] für öffentliche Ausgaben zu sorgen."

(MEW Band 9, S. 129, Artikel in der Tribune Juni 1853)

Der Soziologe Karl August Wittfogel verwendet das Konzept der asiatischen Produktionsweise ebenfalls, allerdings ohne sie in eine materialistische Geschichtskonzeption einzubinden. Sein Ausgangspunkt ist die von klimatischen Bedingungen abhängige künstliche Be- und Entwässerung als Grundlage einer „hydraulischen Gesellschaft". Künstliche Bewässerungsanlagen erfordern eine zentrale Organisation der Arbeit, einen despotischen Staat, der die Bevölkerung knechtet, jeden Ansatz von Individualität und Privateigentum niederhält. Laut Wittfogel unterscheidet sich die orientalische Despotie grundlegend von antiker, feudaler und kapitalistischer Gesellschaft - als totale Macht mit dem Staat als größtem Landeigentümer. Das Kerngebiet der hydraulischen Ökonomie beeinflusst seiner Ansicht nach auch die peripheren Zonen in denen nur einzelne Momente der hydraulischen Ökonomie Fuß fassen konnten. Sie können diesen Charakter entweder wieder verlieren oder sich ohne hydraulische Grundlage selbst zu orientalischen Despotien entwickeln – letzteres geschah in Russland durch die Herrschaft der Mongolen. Da in Russland die hydraulische Landwirtschaft nicht erforderlich war – die Regenbewässerung des Ackers reichte aus – war die orientalische Despotie hier nicht an die asiatische Produktionsweise geknüpft, sondern von außen importiert. Der

Despotismus wirkte erst im Nachhinein auf das Land ein und verwandelte Russland so zu einer „halb-asiatischen" Gesellschaft. (Wittfogel: Die orientalische Despotie)

Der ungarische Philosoph Ferenc Tökei betrachtet die asiatische Produktionsweise geschichtlich als eine steckengebliebene Urgesellschaft, in der noch Gemeineigentum an Produktionsmitteln vorherrscht, die aber bereits Klassen aufweist und auf Herrschaft, Patriarchat und Ausbeutung aufbaut. Seiner Theorie fehlt die an den Umweltbedingungen geschärfte Analyse der hydraulischen Gesellschaft von Wittfogel. Dafür schafft er es – im Gegensatz zu Wittfogel – die Theorie der asiatischen Produktionsweise in ein materialistisches Geschichtskonzept einzubinden.

Die asiatische Produktionsweise entsteht seiner Auffassung nach fast immer aus der Urgesellschaft und kann nur von außen aufgebrochen und revolutioniert werden. Hierbei gilt die Entwicklung Griechenlands als historischer Sonderweg, der das Potential hat, verallgemeinert zu werden. Nur in Griechenland, etwa 600 v. Chr. lagen spezifischen Bedingungen vor, aus denen sich eine völlig neuartige Gesellschaft herausbilden konnte. (Tökei: Zur Frage der asiatischen Produktionsweise)

Seine zerstreute Inselwelt, die geringe Landwirtschaft, der Seehandel, das milde Wetter und der Kontakt gleichermaßen mit Nomadischen und sesshaften Völkern schuf die Bedingungen für die Entstehung des Privateigentums. Diese neue Gesellschaft verläuft nicht mehr zyklisch, sondern erfährt Fortschritt und kennt Individualität. Die Geschichte des Privateigentums brachte im westlichen Europa und unabhängig davon auch in Japan die antike Sklavenhaltergesellschaft hervor, die dynamisch über die Feudalordnung zur kapitalistischen

Gesellschaft führt und sich durch den Kolonialismus über die ganze Welt verbreitete.

Kapitalistische Gesellschaft

In der kapitalistischen Produktionsweise – und nur dort – tritt die Arbeit als entfremdete auf und erscheint mit doppeltem Charakter. Der Stoffwechsel von Mensch und Natur vergegenständlicht sich in der entfremdeten Arbeit schlechthin. Dies vereint alle vorherigen historischen Epochen miteinander. Herkömmlich zeigt sich der doppelte Charakter der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft lediglich als Gegensatz von Gebrauchswert und Tauschwert an der Ware. Dabei verschließt sich systematisch, dass auch die in der Ware dargestellte Arbeit doppelten Charakters ist: Waren erscheinen darum als ‚sinnlich-übersinnliche Dinge' – und das genau ist der springende Punkt, um den sich laut Marx das Verständnis der Kritik der politischen Ökonomie dreht und von dem aus die kapitalistische Welt aus den Angeln gehoben werden kann.

Die Bewegung der Waren erhält ein Eigenleben und beherrscht die Menschen, die sie hervorbringen, d. h. der Tauschwert verselbständigt sich zum Kapital als einem automatischen und prozessierenden Subjekt, dass sich nur durch permanentes Einsaugen lebendiger Arbeitskraft am Leben hält. Es transformiert permanent lebendige Arbeit in tote, darin besteht der Akkumulationsprozess des Kapitals. Als bewusstloser Prozess verstetigt er die Ausbeutung und Herrschaft von Menschen durch bzw. über Menschen in Form grundloser und zielloser Naturbeherrschung. Diese Gesellschaft entstand in West- und Mitteleuropa. In Russland drang sie erst im

19. Jahrhundert von außen ein, seine Geschichte verlief allerdings bereits ab dem 13. Jahrhundert grundlegend anders.

2. RUSSLANDS HALB-ASIATISCHE TRADITION

Die Kiewer Rus als Teil der frühfeudalen Welt

Die Kiewer Rus ist nicht Russland, sondern sie war ein politisch hybrides Gebilde und gehörte zur feudalen Welt Europas, zum Westen. Im 9. Jahrhundert gründeten skandinavische Waräger das anschließend vom byzantinischen Reich christianisierte altostslawische Reich. Deshalb ist die Ukraine bis heute griechisch-orthodox kulturalisiert. Die Begründer der Rus herrschten über ostslawische, baltische und finno-ugrische Stämme. Sie drangen über die Flüsse in charakteristischer Nord-Süd-Ausdehnung bis ans Schwarze Meer vor, um eine Handelsverbindung zwischen Ostsee und Konstantinopel zu errichten und Raubzüge durchzuführen. Die feudalen Herrscher hatten ihre Macht mit der Volksversammlung (vetsche) und einem Senat (bojarskaja duma) zu teilen und es existierte bereits ein absolutes Landeigentum des Adels. Die Rus und später auch die Kiewer Rus, beruhten also gerade nicht auf asiatischer Produktionsweise und waren europäische politische Gebilde des Feudalismus, ähnlich dem Heiligen Römischen Reich.

Dadurch, dass die Rus ein politisch instabiles Großreich war, gelang es den Mongolen die bisherigen Herrscher zu unterwerfen und sie als Bürokraten einzusetzen. Aus der Usurpation resultiert die orientalische Despotie der Kiewer Rus.

Die Orientalisierung der Rus durch die Mongolen

Im 13. Jahrhundert wurde die Rus im Zuge des Mongolensturms von den asiatischen Reiterhorden überfallen. Die nördlichen und östlichen Teile wurden vom mongolischen Khanat der Goldenen Horde unterworfen und verblieben 250 Jahre unter seinem Joch. Die südlichen und westlichen Teile fielen an das Großfürstentum Litauen, sowie an das Königreich Polen und verblieben somit im Einflussbereich des feudalen Europas. In diesem historischen Zeitraum beginnt sich die historisch-politische Entwicklung Russlands von der europäischen und ukrainischen zu scheiden.

Die Mongolen wirkten keineswegs ausschließlich destruktiv. Sie waren nur anfänglich die mordenden und plündernden Reiter. Aus China übernahmen sie spezifisch asiatische Verwaltungs- und Steuertechniken, die sie in ihrem riesigen Herrschaftsgebiet ausbreiteten. Die besetzten Fürstentümer der ehemaligen Rus verloren somit ihre Eigenständigkeit. Fürsten waren unter der despotischen und absoluten Herrschaft des Kahns keine Landeigentümer mehr, sondern glichen Beamten und Steuereintreibern. Die orientalische Despotie des Mongolenreiches kannte kein unabhängiges Privateigentum – auch kein feudales Eigentum an Grund und Boden. Die Fürstentümer der nördlichen und östlichen Gebiete der Rus blieben unter der Herrschaft der Mongolen zwar formal bestehen, faktisch hörten sie damit aber auf, feudale Einrichtungen zu sein. Nach dem Tod Dschingis Khans wurde das Reich unter seinen Nachkommen aufgeteilt, das Khanat der Goldenen Horde war eines von ihnen.

Unter seiner Herrschaft entstand auch das im 13.

Jahrhundert gegründete Großfürstentum von Moskau. Im Kreise der unterworfenen Fürstentümer erlangte es bald eine Vormachtstellung, indem es sich in jeder Hinsicht auf die Seite der Mongolen schlug. Zum Lohn wurde dem Großfürsten von Moskau wenig später durch den Kahn die Aufgabe übertragen, sämtliche an die Mongolen zu entrichtende Steuern aller russischen Fürstentümer einzutreiben. Er erhielt somit eine Stellvertreterposition des Kahns innerhalb des Kreises der russischen Fürsten. Das Großfürstentum Moskau stieg innerhalb des Sklavenranges zum Herrn auf, indem es die sklavische Herrschaftsform weiterbetrieb. Auch der weitere Aufstieg Moskaus beruhte keinesfalls auf einem militärischen Befreiungsschlag gegen die mongolische Despotie, sondern auf einer Intrige zwischen den Nachfolgestaaten des mittlerweile weiter zerfallenen Khanats der Goldenen Horde.

Der historische Begründer Russlands war Zar Ivan IV., Großfürst von Moskau, der auch als Ivan der Schreckliche bekannt ist. Er war kein Befreier vom Joch der Mongolen, sondern ein Lakai ihrer Fremdherrschaft und hatte in deren Dienst sein eigenes Volk geknechtet und sich an ihm bereichert. Der russische Staat ist zum Zweck der Fremdherrschaft entstanden, ein Sklavenstaat, dem jegliche Dialektik zwischen Unterwerfung und Freiheit, die den westlichen Staat bestimmt, abgeht: „Im blutigen Schlamme mongolischer Sklaverei [...] steht die Wiege Moskaus". (Marx: Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jh Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie)

Die Verstärkung asiatisch-despotischer Tendenzen im russischen Zarenreich

Die asiatisch-mongolische Prägung Russlands bleibt auch im Zarismus erhalten, das aus dem Moskowiter Reich hervorgegangen ist. Eines ihrer entscheidenden Merkmale ist der enorme Einfluss der Bürokratie, der sich bis heute durchzieht. (Dutschke: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen).

Unter Iwan IV. dem Schrecklichen werden im 16. Jahrhundert die fruchtbarsten Landesteile in Staatseigentum überführt und die Bojaren in unfruchtbare Gebiete vertrieben. Die Reste adliger Autonomie werden unter Einsatz seiner folternden und brandschatzenden Geheimarmee beseitigt. Aus diesem Grund spricht auch Marx nirgends über „Feudalismus" oder auch nur „asiatischen Feudalismus" in Russland – es gab schlichtweg keinen.

Der Unterschied des russischen und europäischen Adels ist fundamental. Zum einen mussten die russischen Adligen für den Zaren die Steuern eintreiben und für ausbleibende Tributzahlungen haften. Zum anderen verfügten sie nicht über feudales Grundeigentum. Es gab kein Privateigentum, sondern nur Privatbesitz. In dieser für die asiatische Produktionsweise typischen Eigentumsform ist allein der Staat der Eigentümer aller Produktionsmittel – allen voran des Bodens – während die Produzenten lediglich Besitzer der Produktionsmittel sind, insofern sie über diese faktisch verfügen und im Arbeitsprozess anwenden. Der Staat als Eigentümer der Produktionsmittel tritt in Gestalt der Bürokratie als herrschende Klassenmacht gegenüber den bloßen Besitzern auf und eignet sich deren Produktionsüberschuss an. Die Bauern litten

in Russland daher stets unter der doppelten Knechtschaft durch den Zar und den Amtsadel. Die begriffliche Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz ist auch für die heutige russische Gesellschaft bedeutend. Auf dieser fehlenden feudalen Basis – der Abwesenheit feudalen Grundeigentums – konnte sich auch kein russisches Bürgertum herausbilden. Die gesellschaftliche Kraft des spezifisch russisch-asiatischen Adels nahm indes immer weiter zu. (Vgl. Dutschke)

Die sogenannte Bauernbefreiung, nach dem verlorenen Krim Krieg im 19. Jahrhundert war nichts weiter als ein durch den Zar verliehenes Recht der Bauern, sich von der Leibeigenschaft mit Silber freikaufen können, sofern sie dazu im Stande sind. Diese Lösegelder entrichteten sie nicht an die Bojaren, sondern an den Staat. Das höhlte die lokale Bindungen weiter aus und lieferte die Bauern dem zaristischen Staat aus.

In allen Bereichen der russischen Gesellschaft zeigte sich der „Zwangsaspekt der Autorität", alle Beziehungen waren davon durchdrungen, die zwischen Offizieren und Soldaten, Arbeitern und Kapitalisten, patriarchalen Familienoberhäuptern und ihren Frauen und Kindern" (Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die russische Revolution 1891 -1924). Unter den Verhältnissen der orientalische Despotie beherrscht der Staat das gesamte gesellschaftliche Leben. In Russland amalgamiert sie im 19. Jahrhundert mit der kapitalistischen Produktionsweise, die nun ihrerseits despotisch wird, denn der Zar blieb oberster Herrscher und Ausbeuter.

Die Bauernfrage in der Russischen Revolution

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert stritten Marxisten und romantische Volkstümmler (Narodniki) innerhalb der anti-zaristischen Opposition in Russland über die Zukunft des Landes: Erstere wollten das Land verwestlichen, die anderen wollten die Mir, die autonome Landgemeinschaft der Bauern, zum Ausgangspunkt der neuen gesellschaftlichen Ordnung machen.

In diesem Konflikt wandte sich die Marxistin Wera Iwanowna Sassulitsch zur Unterstützung gegen die Narodniki an Marx, der überraschend Partei für die Gegenseite ergriff. Die Analyse der geschichtliche Entwicklung der Länder Westeuropas beziehe sich ausdrücklich nicht auf Russland. In einem Briefentwurf an Sassulitsch schrieb er: „Bei dieser Bewegung des Westens handelt es sich also um die Verwandlung einer Form des Privateigentums in eine andere Form des Privateigentums". Und weiter: „Die im ‚Kapital' gegebene Analyse enthält also keinerlei Beweise – weder für noch gegen die Lebensfähigkeit der Dorfgemeinde, aber das Spezialstudium, das ich darüber getrieben [...] hat mich davon überzeugt, daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands ist.".

Marx präferierte in Bezug auf Russland im 19. Jahrhundert keinen Umweg über den Kapitalismus, sehr wohl aber eine anti-zaristische Revolution und eine radikale Reform der Mir. Diese bedeutende Modifikation der Geschichtsauffassung, d.h. die Abkehr von ihrer linearen Zwangsläufigkeit, macht Marx längst nicht zum Sympathisant der Narodniki, sondern er berücksichtigt die orientalisch-despotischen Konstitution des zaristischen Russland.

3. ÜBER DIE OKTOBERREVOLUTION IN DIE ASIATISCHE STAATSSKLAVEREI

Bürgerliche Revolution unter bolschewistischer Führung

Lenin analysierte die Lage in Russland mit einem Geschichtskonzept, dass Marx für die westlich-kapitalistische Welt, nicht für Russland, entworfen hatte und glaubte, die Entwicklung könne hier gleichsam nachgeholt werden, finde in Russland also nur zeitversetzt statt. Er erwartete für Russland die Herausbildung einer westlich-bürgerlichen Gesellschaft samt kapitalistischer Produktionsweise und geriet deshalb immer wieder in Konflikt mit der russischen Wirklichkeit. (Vgl. Dutschke)

Um die russische Gesellschaft umzugestalten, unterwarfen Lenin und die Bolschewiki das Land der großen Industrie, vergesellschafteten die Arbeit und versuchten, die Produktivkräfte zu entwickeln. Es entging ihnen, dass es in Russland objektive Schranken in der Entwicklung eines privatwirtschaftlichen Kapitalismus gibt. Lenin zielte daher zunächst auf eine bürgerliche Revolution unter Führung der Bolschewiki ab und nicht auf eine proletarische Revolution. Die Bolschewiki wollten den orientalischen Zarismus zu stürzen, um das russische Proletariat zu entwickeln und so die Vorbedingungen für den Kommunismus schaffen. (Vgl. Dutschke)

Unter der Führung der kommunistischen Partei scheiterte in Russland allerdings nicht nur der Aufbau des Kommunismus, sondern auch das Vorhaben, das halb-asiatische Agrarland in ein westlich geprägtes Industrieland zu transformieren. Die unverzeihlichen

Verbrechen durch die Bolschewiki galten nicht Aufbau des Kommunismus, sondern zeugten von der ungebrochenen Kontinuität der orientalisch-despotischen Staatssklaverei in Russland.

Lenins Fixierung auf die bürgerliche Revolution nach europäischem Vorbild verstellte ihm den Blick auf die bäuerlichen Massen, die er nur als konterrevolutionäre Kräfte wahrnehmen konnte. Auf diese Weise verhinderte er ein politisches und organisatorisches Bündnis zwischen der noch schwachen, aber in den Städten bereits politisch entscheidenden Arbeiterklasse und den unter den Bedingungen der asiatischen Produktionsweise durchaus revolutionären, unterdrückten Bauernmassen. Diese wären in Russland das politische und ökonomische Fundament für den Sieg des Proletariats gewesen. Lenin versäumte es, sie in die Revolution einzubeziehen, weil er die asiatische Wirklichkeit in Russland nur als Qual, nicht aber als gesellschaftlich-geschichtliche Realität ansah. (Vgl. Dutschke)

Auf dieser verkehrten Basis entstand auch seine Partei „neuen Typs", mit der Lenin mit jakobinischer Schonungslosigkeit alles Alte hinwegfegen und die bäuerlichen Massen, die ihm als unzivilisiert galten, erziehen wollte. Die marxistischen Erzieher waren nicht im Stande zu verstehen, dass auch sie erzogen werden müssen: Und zwar ausgerechnet von den unzivilisierten Bauern, die über Jahrhunderte unter dem Joch der orientalischen Despotie zu leiden hatten. (Vgl. Dutschke)

Asiatische Staatssklaverei in der Sowjetunion

Der sogenannte Kriegskommunismus unter den Bolschewiki zog dann auch rasch Maßnahmen nach sich,

die die Bauern als Feinde der Gesellschaft behandelten. Bereits im Mai 1918 verkünden die Bolschewiki ein Getreidemonopol, dass alle Ernteüberschüsse der bäuerlichen Landwirtschaft zu staatlichem Eigentum erklärte. Bewaffnete Truppen zogen aufs Land, beschlagnahmten große Mengen Getreide und plünderten Bauernhöfe. Gegen dieses Vorgehen brach im Gouvernement Tambow ein Aufstand der dortigen Bauern aus, gegen den die Rote Armee mit äußerster Brutalität vorging. Sie setzte u.a. chemische Waffen ein, errichtete Konzentrationslager und tötete tausende aufständische Bauern.

Die in Russland oftmals noch vorindustrielle Landwirtschaft brachte nicht überall einen nennenswerten Produktionsüberschuss hervor, weswegen auch ohne den Widerstand der Bauern nicht genug Getreide eingezogen werden konnte. In diesem Zusammenhang entstand die Legende des sogenannten „Kulaken", die sich den Überschuss unerlaubt angeeignet und damit dem städtischen Proletariat vorenthalten hätten. Lenin sprach in diesem Zusammenhang von einem Getreidekrieg: „Die Kulaken sind erbitterte Feinde der Sowjetmacht. [...] Diese Vampire brachten und bringen den Boden der Gutsbesitzer an sich, sie zwingen die armen Bauern immer und immer wieder in Schuldknechtschaft. Erbarmungsloser Krieg gegen diese Kulaken! Tod ihnen!". (W. I. Lenin: Werke Band 28. Genossen, Arbeiter! Auf in den letzten entscheidenden Kampf!)

Unter den Bolschewiki entsteht in der Folge ein totalitärer Staat, der alle gesellschaftlichen und ökonomischen Bereiche kontrolliert. Bald darauf gab es in Russland mehr als doppelt so viele Bürokraten wie Arbeiter, die eine neue Basis des Regimes darstellten, dass „keine Diktatur des Proletariats, sondern eine

Diktatur der Bürokratie“ war. (Figes) Auch die Räte werden Instrumente der Bürokratie, die von Beginn an mit unerbittlichem Terror herrschte.

Die Grundlagen der Stalinisierung waren bereits unter Lenin gesetzt: „Die Repräsentation der Arbeiter hat sich radikal der Klasse entgegengesetzt“. (Debord: Die Gesellschaft des Spektakels) Die gesamte Bevölkerung wird der Knechtschaft des bolschewistischen Staates unterworfen – die linke Arbeiteropposition, Anarchisten, aufständische Bauern und schließlich auch die Matrosen von Kronstadt werden niedergemacht, lange bevor Stalin die Macht übernahm. Angesichts der Hungerkrise hatte Lenin marktwirtschaftliche Methoden eingeführt, um die Wirtschaft zu anzukurbeln: Die Neue Ökonomische Politik.

Stalin trieb den Plan zum industriellen Aufbau danach mittels einer Zwangskollektivierung der Landwirtschaft voran. Millionen Bauern wurden aus ihren Dörfern gerissen und über das ganze Land verteilt. Der Krieg gegen die Kulaken war kein Nebeneffekt der Zwangskollektivierung, sondern ihre eigentliche Triebkraft. Insgesamt sechs Millionen Bauern wurden enteignet, deportiert und interniert. Ohne Rücksicht auf ökonomische Interessen sollte das Privateigentum an Grund und Boden abgeschafft und die Bauern unter die Kontrolle der Partei gebracht werden. In Realität traf der Krieg gegen die sogenannten Kulaken die fleißigsten und erfolgreichsten Bauern.

Die Ukraine und ihre Bauern, welche im Gegensatz zu Russland nicht über Jahrhunderte der orientalischer Despotie ausgesetzt waren, sondern einen traditionell starken Freiheitswillen aufwiesen, wurden in besonderer Weise zum Feind für Stalins Hungerkrieg gegen die Kulaken.

Trotz erheblicher Missernten erhöhte die sowjetische Bürokratie die Zwangsabgaben von Getreide exorbitant, wodurch sich der Mangel an Lebensmitteln schlagartig vergrößerte. Der aufkommende Massenhunger wurde begleitet durch plündernde Brigaden der Roten Armee, die gezielt Lebensmittelreserven der Bevölkerung konfiszierten. Durch Grenzschließungen wurden flüchtende Ukrainer an der Flucht gehindert und dem Hungertod überlassen. Der Holodomor war ein Völkermord an der ukrainischen Zivilbevölkerung und richtete sich gegen das ukrainische Freiheitsbewusstsein und den ukrainischen Separatismus. Millionen von Menschen fanden den Tod. Auf diese Weise erzwang Stalin eine „asiatische Staatssklaverei" (Wittfogel) über die Arbeiter und Bauern. Weil die Erlöse für den Export des Getreides zur Industrialisierung der Sowjetunion verwendet wurden, kann dieser Vorgang auch als sowjetische Variante der sogenannten ursprünglichen Kapitalakkumulation angesehen werden.

So entstand in der Sowjetunion eine Lohnarbeit unter den Bedingungen der asiatische Staatssklaverei: Ein sich akkumulierendes, also die Arbeiter nicht nur ausbeutendes und sie beherrschendes, sondern sie dabei total entrechtendes, ihre Arbeitskraft aneignendes Kapital, dass von der Bürokratie dieses despotischen Staats verwaltet wurde. Diese neue bürokratische Elite unter Stalin umfasste fünf bis sechs Millionen Funktionäre und wurde zur Hauptstütze des Systems. Das stalinistische Regime gründete sich auf dieser gesellschaftlichen Hierarchie zwischen Bürokratie und Volk.

Auch die Haltung gegenüber der Familie änderte sich unter Stalin drastisch. Mit ihr sollten die patriarchalen Strukturen des orientalisch-despotischen Russland gestärkt werden. Die Gebühren für Scheidung und

Unterhalt der Kinder stiegen, Abtreibung und Homosexualität wurden wieder verboten und der Ehering erlaubt. Der neue Sowjetbürger musste ein monogamer Familienmensch sein, denn die Familie wird unter Stalin als die Keimzelle der kommunistischen Gesellschaft verstanden.

Der große Terror beginnt zunächst mit Schauprozessen und weitete sich 1937 zu einer Welle von massenhaften Internierungen und Ermordungen aus. Im sowjetischen Innenministerium wurde der große Terror unter der Bezeichnung „Kulakenoperation" geführt und sollte alle sogenannten „antisowjetische Elemente" beseitigen. Die einzige Institution, die Stalin noch hätte bremsen können, war die Militärführung: Sie wurde nahezu vollständig liquidiert.

In den Jahren nach 1945 setzte die antisemitische Kampagne gegen den „Kosmopolitismus" ein. Jeder Jude galt als potenzieller Spion im Kalten Krieg. Stalin starb, bevor diese Kampagne weitergeführt werden konnte. Unter Chruschtschow wurde Stalins System in gemilderter Form weiterbetrieben, unter Breschnew geriet das Land immer weiter in die Stagnation und kollabierte schließlich 1991 nach einer tiefen Krise. Das staatskapitalistische System der Sowjetunion unterlag den sich modifizierenden Bedingungen der nunmehr globalisierten kapitalistischen Welt. Vor allem in der sich rasant entwickelnden Herstellung und Anwendung mikroelektronischer Erzeugnisse konnte es nicht mithalten. Während dieser Industriezweig unter enormen Effizienzdruck und internationaler Konkurrenz stand, erforderte er im Betrieb vor allem flache Hierarchien, Kreativität und einen hohen Ausbildungsgrad der Arbeiter. In der Sowjetunion standen mikroelektronische Produktionseinrichtungen zumeist unter militärischer Geheimhaltung, da es fast keinen zivilen Einsatz dieser Technologie gab. Nur

mittels aufwendiger Industriespionage gelang es, Produktionsanlagen und Baupläne der Mikrochips aus amerikanischen Unternehmen zu kopieren. Die Spionageaktivitäten verringerten den technologischen Rückstand gegenüber dem Westen aber zu keinem Zeitpunkt. Denn um die sich rasant entwickelnden Halbleitertechnologien und ihre Erzeugnisse zu kopieren, brauchten die militärischen Forschungseinrichtungen der Sowjetunion stets etwa 10 Jahre, während derer sowohl ihre Entwicklung als auch ihre Anwendungsmöglichkeiten längst wieder in großen Sprüngen vorangeschritten war. Im zweiten Golfkrieg demonstrierten die USA und ihre Verbündeten ihren großen militärischen Vorsprung gegenüber der sowjetischen Militärtechnik und damit auch die Aussichtslosigkeit weiteren Wettrüstens. (Vgl. Miller: Der Chip Krieg)

4. ÖKONOMIE UND STAATSVERFASSUNG DES HEUTIGEN RUSSLANDS

Der Aufstieg des Putin-Regimes aus dem Untergang der Sowjetunion

Gorbatschow strebte vor diesem Hintergrund demokratische und marktwirtschaftliche Reformen an und wollte die russische Gesellschaft durch Glasnost und Perestroika öffnen. Sein Nachfolger Jelzin setzte diesen Weg fort und wollte das staatskapitalistische Russland mittels einer „Schocktherapie" in einen privatwirtschaftlichen Kapitalismus umwandeln.

Unter seiner Präsidentschaft wurde das staatliche Diktat der Warenpreise beendet und die Staatsausgaben,

vor allem Sozialausgaben und Subventionen, radikal eingekürzt. In unmittelbarer Folge stieg die Inflation und die Armut in Russland erheblich an. Die Privatisierung von Staatsunternehmen sollte mit der flächendeckenden Ausgabe und dem freien Handel von verbrieften Unternehmensanteilen in der Bevölkerung für einen sozial verträglichen Übergang sorgen. Um die Aneignung der Privatisierungs-Coupons und mit ihnen die Staatsunternehmen brach allerdings schnell ein krimineller Beutekampf aus, deren bekanntester Emporkömmling die russischen Oligarchen sind.

Währenddessen verschärfte sich die ökonomische und politische Krise in Russland: Ein Putschversuch des Militärs, der erste Sezessionskrieg in Tschetschenien, eine nahezu Halbierung der Volkswirtschaft sowie die letztendliche Zahlungsunfähigkeit des russischen Staates ließen den Zusammenbruch der Sowjetunion und seine Folgen als „größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts" (Putin) erscheinen.

Die Jelzin-Clique wird als Sündenbock für den ökonomischen Absturz 90er Jahre herangezogen, dessen Ursachen allerdings weit zurück liegen. Es verhält sich vielmehr umgekehrt: Obwohl Russland unter Jelzin privat-kapitalistisch umgeformt worden ist und das Land durch umfassende Modernisierungsmaßnahmen konkurrenzfähig gemacht werden sollte, konnte die bereits entfesselte Krise nicht aufgehalten werden. Jelzin drängte die Staatsbürokratie zurück und setzte eine Liberalisierung in Gang, die allerdings im Zuge der Krise scheiterte. Seine Reformen scheiterten am orientalisch-despotischen Erbe Russlands. Ähnliche Reformen zur Privatisierung vormaligen Staatseigentums, beispielsweise in Polen, erzielten ein gänzlich anderes Resultat.

Bereits in den 80er Jahren formierte sich innerhalb

des KGB eine Clique als mafiöse Machtstruktur, um das Land auch nach dem Untergang des Sowjetimperiums in den Händen zu halten zu können. Der KGB transferierte zusammen mit dem organisierten Verbrechen Gelder ins Ausland, um unabhängig von der politischen Entwicklung weiterhin über finanzielle Mittel zu verfügen. Außerdem rekrutierten sie Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes und regten sie zur Geschäftstätigkeit an. Aus ihnen gingen wesentliche Teile der neuen russischen Oligarchen hervor. Diese Clique, die ‚Silowiki', war mit der russischen Mafia und Teilen der ehemaligen Staatsbürokratie wesentlich an der kriminellen Aufteilung des Staatseigentums in der Jelzin-Zeit beteiligt. Das Netz von Geheimdienstfunktionären und Kriminellen gelangte im Jahr 2000 mit Putin an der Spitze an den Hebel der russischen Staatsmacht.

Die gesamte Geschichte des Regimes unter Putin ist eine der Enteignung des Privateigentums, alles wurde erneut den Fittichen des Staates untergeordnet. Das Eigentum in Russland hat heutzutage keine andere Stellung zum Staat wie der Privatbesitz im alten China, welcher der Staatsbürokratie subordiniert war. In Russland entscheidet allein das Putin-Regime, bzw. die Loyalität zu Putin, wer über bestimmte Unternehmen verfügen darf. Es existiert kein Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern nur Privatbesitz an Produktionsmitteln. Hier zeigt sich erneut das orientalisch-despotische Erbe Russlands, in dem sich kein Bürgertum herausbilden konnte, dass in der Lage gewesen wäre, dem Staat etwas entgegenzuhalten. Es entstand demnach auch keine kapitalistische Klasse, die durch ein gemeinsames Interesse gekennzeichnet ist, keine ökonomische Macht, die von der politischen Macht unabhängig ist.

Der öffentliche Kampf Putins gegen das seit Jelzin zumindest teilweise unabhängige Privateigentum begann mit Maßnahmen gegen den reichsten und auch mächtigsten Oligarchen, Michail Chodorkowski. Nach einem politischen Schauprozess im Jahre 2003 wurde sein Reichtum enteignet und an loyale Vertraute von Putin verteilt, Chodorkowski dagegen in einem sibirischen Straflager interniert. Dieser Schlag wurde für den politischen Stil Putins charakteristisch. Allen Kapitaleigentümern sollte in voller Öffentlichkeit demonstriert werden, welche Konsequenzen ungehorsames Verhalten haben wird. Bis 2008 erlangte das Putin-Regime die Macht über nahezu alle strategisch wichtige Sektoren: Energie, Transport, Banken, Rüstung.

Oppositionelle und kritische Journalisten wurden unter Putin systematisch bedrängt, in Schauprozessen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt oder auf offener Straße ermordet. Bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr 2014 verschwanden bereits etwa 2000 Oppositionelle in Russland, seither stieg ihre Anzahl rasant. (Vgl. Belton: Putins Netz)

Mit Putin und seiner Clique an der Macht herrscht in Russland das, was rechtsradikale Verschwörungsideologen gern als ‚deep state' bezeichnen. Die Silowiki und Putins Treuhänder treten als ein moderner Adel auf, der das Land rücksichtslos ausplündert und in die politische Stagnation führt. Die wirtschaftliche Ausrichtung auf Ressourcen und Rüstung verschärfte diesen Trend noch, denn ein Land, dass seine Wirtschaft hauptsächlich auf der Ausbeutung und dem Export seiner Ressourcen begründet, bildet keine profitable und konkurrenzfähige Verarbeitungsindustrie heraus und muss nicht auf ein unabhängiges Privatunternehmertum und deren Innovationskraft setzen.

Auch die Rüstungsindustrie befindet sich unter staatlicher Kontrolle und wurde unter dem Putin-Regime als zweites großes Standbein der russischen Wirtschaft betrieben. Die immense Größe des industriellen Kriegspotentials der Russländischen Föderation konnte in Friedenszeiten, d.h. vor seinem kriegerischen Einsatz, nur dadurch aufrecht erhalten werden, dass ihre Güter zu großen Teilen exportiert wurden. Im Jahre 2014 stand Russland mit einem Weltmarktanteil von 23% nach den USA (mit 30%) auf dem zweiten Platz der weltgrößten Waffenexporteure. Berücksichtigt man aber die Tatsache, dass Russland im selben Jahr nur ein Vierzehntel der US-amerikanischen Wirtschaftskraft aufwies, so kann man die relative Größe seines militärisch-industriellen Komplexes im Verhältnis zur nationalen Wirtschaftskraft erahnen.

Die Krise des Putin-Regimes

Von der Machtübernahme Putins bis zur Weltwirtschaftskrise 2008 gab es in Russland ein stetiges Wirtschaftswachstum dank konstant steigender Ölpreise. Der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder ansteigende Lebensstandard, steigende Löhne und sinkende Arbeitslosigkeit sicherten dem Putin-Regime große Popularität (88% Zustimmung im Jahr 2008). Mit der Krise von 2008 sanken aber schlagartig die Weltmarktpreise auf den Rohstoffmärkten und mit ihnen die russischen Exporterlöse. Nach einem kurzen Wiederanstieg führte vor allem die europäische Staatsschuldenkrise ab 2010 sowie der sogenannte Fracking Boom in den USA zu einem internationalem Preisverfall von Erdöl und Erdgas. Das internationale Ölkartell (OPEC) reagierte gegen die neue amerikanische Konkurrenz mit einem

Preiskampf, indem sie ihre Fördermengen trotz fallender Ölpreise nicht reduzierte und so den Weltmarktpreis unter das rentable Niveau der amerikanischen Fracking-Industrie drückte. Die russischen Exporterlöse gerieten dadurch ins ökonomische Kreuzfeuer, brachen ein und verblieben über Jahre hinweg auf einem niedrigen Niveau.

Die große Abhängigkeit der russischen Volkswirtschaft vom Rohstoffexport und seine Unfähigkeit, darauf aufbauend eine international konkurrenzfähige, verarbeitende Warenproduktion herauszubilden, brachte die russische Wirtschaft schließlich in Schieflage. In den Jahren 2014/15 reduzierte sich das Wachstum des russischen BIP auf 3,8% bei einer Inflationsrate von 15%. Lohnkürzungen und Kurzarbeit waren die Folge, wobei zweitere nur eine besondere Art der Lohnkürzung darstellt. Trotz steigendem BIP ab 2017 sanken die Reallöhne in Russland bis zum Beginn der großangelegten Invasion gegen Ukraine fortwährend. Hinzu kommt in Russland eine demografische Krise, die durch eine hohe Abwanderungsrate junger und gut ausgebildeter Menschen bereits vor 2022 deutlich verschärft wurde. Der immense bürokratische Apparat, ein transformiertes Erbe des Staates unter der asiatischen Produktionsweise, verschlingt zudem eine Unmenge von Kosten, die der Verwandlungsmasse von Mehrwert in Produktionsmittel entzogen und somit zur Fessel für die Kapitalproduktion wird. Seit dem Jahr 2013 liegt die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP unter 1% pro Jahr. Das Land verharrt somit in einer Stagnation, wie es sie zuletzt während des Zusammenbruchs der Sowjetunion gab. Putins despotischer Staatskapitalismus steckt in einer Krise. Während die Profitrate dauerhaft auf Kosten der Lohnrate stabilisiert werden soll, wird die Bevölkerung mit Repression und Propaganda nach Innen, sowie militärischer Aggression nach Außen bei der Stange gehalten.

Putins Außenpolitik

In den Händen der ex-KGB Clique ist der russische Staat erneut zu einem asiatisch-kapitalistischen Bollwerk gegen den Westen und dessen minimale Freiheiten geworden. Nahezu überall dort auf der Welt, wo despotische und reaktionäre Kräfte den Einfluss westlicher Staaten zurückdrängen, kann ihnen die Hilfe aus Russland gewiss sein. Im Kampf mit dem angeblich „kollektiven Westen" (Putin), der sich gegen Russland verschworen hätte, verfolgt die russische Außenpolitik tatsächlich eine Strategie der Unterhöhlung, Destabilisierung und Unterjochung der europäischen Staaten. Seine außenpolitische Strategie beerbt einen bereits von Marx identifizierten Charakterzuge, der die „politische Handfertigkeit des mongolischen Sklaven mit dem stolzen Streben des mongolischen Herrschers vereinigte" (Marx: Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jh). Hybride Kriegsführung, Sabotage, Desinformation, Einschüchterung sowie brutale Menschenrechtsverletzungen paaren sich in der russischen Außenpolitik mit dem Gestus eines schleimigen und unterwürfigen Untertan, der sich von allen Seiten bedroht fühlt und nur ums eigene Überleben kämpft.

Der russische Chauvinismus ist getrieben von seinem sklavischen Ursprung und verhält sich zu den zahlreichen nicht-russischen Völkern der Russländischen Föderation ebenso wie zu seinen äußeren Feinden mit der Überheblichkeit und Rücksichtslosigkeit eines Sklavenhalters. Nicht der Zusammenbruch der Sowjetunion prägt den heutigen russischen Chauvinismus, sondern umgekehrt: Der russische Chauvinismus prägte maßgeblich den Charakter der Sowjetunion und trug zur Russifizierung und Unterjochung angrenzender Nationen bei.

Die Rede von der sogenannten Osterweiterung von NATO und Europäischer Union unterschlägt das wesentliche daran, dass nämlich die neuen Mitgliedsstaaten nach dem Zerfall der Sowjetunion eine sicherheitspolitische Flucht in den Westen angetreten sind, bevor der russische Bär wieder zu Kräften kam. Nicht die angebliche Bedrohung durch die NATO, sondern der Verlust von Untertanen hat die russische Machtpolitik reaktiviert. Im neuen Bündnis mit der orthodoxen Kirche hat sie einen religiös angereicherten Chauvinismus vorangetrieben und die Bevölkerung auf einen langen und opferreichen Weg eingeschworen, an dessen Ende das neue russische Weltreich mit der Hauptstadt Moskau als dem dritten Rom stehen soll. (Vgl. Belton: Putins Netz)

Hinter dem Gefühl der Demütigung, aus dem Putin immer wieder und selbst im Ausland politisches Kapital schlägt, steht nichts anderes als die Demütigung des russischen Chauvinismus. Und es ist eben dieser selbst in seiner orientalisch-despotischen Tradition der Staatssklaverei, der das Putinregime zu Machtpolitik und Expansion treibt.

5. DER RUSSISCHE KRIEG ZUR VERNICHTUNG DER UKRAINISCHEN NATION

Die Vorgeschichte ab 2004

Der russische hybride Krieg gegen die Ukraine begann spätestens im Jahre 2004 während der ukrainischen Präsidentschaftswahl, um den pro-europäische Kandidaten Wiktor Juschtschenko vom Sieg abzuhalten. Weder

der Giftanschlag, den er nur knapp überlebte, noch die Fälschung des Wahlergebnisses konnten allerdings verhindern, dass mit Hilfe der Orangenen Revolution eine Neuauszählung der Stimmen durchgeführt und Juschtschenko zum neuen Präsident der Ukraine erklärt wurde.

Kurz darauf setzte Russland seine Gasexporte dazu ein, die Ukraine über Jahre hinweg politisch zu erpressen, an sich zu binden und wirtschaftlich zu destabilisieren. Die Preise für russisches Erdgas, die die Ukraine an Gazprom zahlen sollten, wurden kurzerhand um das fünffache erhöht. Da die ukrainischen Pipelines zugleich auch große Teile Europas mit russischem Gas versorgten, waren ebenso viele europäische Länder davon betroffen, wenn in den folgenden Jahren Lieferausfälle eintraten. Auf diese Weise versuchte Russland auch, politische Spannungen zwischen der Ukraine und den europäischen Abnehmerländern für russisches Erdgas zu erzeugen.

Der Baubeginn der ersten direkten deutsch-russischen Gas-Pipeline durch die Ostsee begann unter Kanzler Schröder im selben Jahr und legte die wirtschaftlichen Weichen für den politischen Verrat gegenüber osteuropäischen Sicherheitsinteressen angesichts der immer aggressiver auftretenden Russländischen Föderation.

Nachdem es der russischen Einflussnahme wenige Jahre später gelungen war, mit Wiktor Janukowytsch einen für Moskau akzeptablen Oligarchen ins ukrainische Präsidentenamt zu befördern, konnten mit ihm weitere Schritte zur politischen Westbindung der Ukraine untergraben werden. Sein Verbot der Unterzeichnung des über Jahre hinweg ausgearbeiteten Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union, mit dem auch eine Beitrittsperspektive zum europäischen Staatenbund verbunden war, brachte das Fass zum überlaufen und

löste eine pro-europäische, bürgerliche Revolution in der Ukraine aus, an deren erfolgreichen Ende Janukowytsch abgesetzt und die ukrainische Nation gegen das russische Diktat vorerst gesiegt hatte.

Das Putin-Regime antwortete auf die bürgerliche Revolution in der Ukraine mit militärischer Gewalt, besetzte die strategisch wichtige Halbinsel Krim und baute in den östlichen Landesteilen eine pro-russische Stellvertreter-Armee auf. Die Ukraine musste daher seit 2014 eine „revolutionäre Levée en masse" (Schlögel: Entscheidung in Kiew) durchlaufen und sich gegen die Angriffe der Russländischen Föderation und seiner Stellvertreter zur Wehr setzen.

Für den Putinismus und seine Expansion nach Westen ist die pro-europäische ukrainische Nationalbewegung der erklärte Feind. Mittels pseudohistorischer Konstruktionen wird die Euromaidan-Revolution immer wieder als eine im Kern kriegerische Handlung gegen die Russländische Föderation dargestellt, weil die Ukraine damit entgegen ihrer angeblichen Zugehörigkeit zur sogenannten „Russki Mir" gehandelt und sich unerlaubt dem despotischen Zugriff ihrer Herren aus Moskau entzogen habe. Das erklärte Ziel der russischen Aggression ist damit nicht einfach die erneute Unterwerfung der Ukraine, sondern die Vernichtung der ukrainischen Nation schlechthin. Denn deren Selbstbewusstsein besteht gerade in der Unabhängigkeit vom und der Selbstverteidigung gegen den despotischen Zugriff aus dem Osten.

Die Invasion seit 2022

Mit dem großangelegten russischen Überfall am 24. Februar 2022 hat der bereits acht Jahre andauernde

Krieg gegen die bürgerliche Revolution in der Ukraine eine umfangreiche Eskalation auf nahezu allen Ebenen erfahren: militärisch, politisch und ökonomisch. Mit der Aberkennung der ukrainischen Souveränität und dem offenen Einsatz militärischer Großverbände in ukrainischem Territorium gab die Russländische Föderation den Versuch auf, den Krieg nur mit begrenztem Einsatz und vermittelt über seine Marionetten in Luhansk und Donezk weiter zu führen. Seit nunmehr drei Jahren führt Russland den blutigsten Krieg auf europäischem Boden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und hat die größten Teile seiner konventionellen militärische Kapazitäten gegen die Ukraine ins Feld geworfen.

Ohne jedwede Rücksicht auf materielle und personelle Verluste führen die russischen Truppen und ihre Söldnerheere aus aller Welt endlose Sturmangriffe auf die ukrainischen Verteidigungslinien durch. Die Anzahl der getöteten oder verstümmelten Soldaten auf russischer Seite hat kürzlich die Marke von 800.000 Menschen überschritten und noch immer ist kein Ende in Sicht. Parallel dazu wird die ukrainische Bevölkerung mit einer Flut aus Raketen, Drohnen und Marschflugkörpern terrorisiert, die fast täglich in größerer Zahl in den ukrainischen Luftraum eindringen und landesweit hauptsächlich zivile Einrichtungen unter Feuer nehmen. In den von Russland besetzen Gebieten wird die ukrainische Sprache und Kultur verboten, zehntausende Menschen gefoltert und getötet, deportiert oder zwangsumgesiedelt. Zum Zwecke der sogenannten Russifizierung wurden zehntausende ukrainische Kinder ihren Eltern entrissen und von russischen Familien im ganzen Land zwangsadoptiert.

Die Inkonsequenz der westlichen Staaten im Umgang

mit der russischen Aggression zeigt sich in ihrer schleppenden und löchrigen Sanktionspolitik gegenüber Russland sowie den völlig unzureichenden und viel zu späten Waffenlieferungen an die Ukraine. Währenddessen führt das Putin-Regime einen erfolgreichen hybriden Krieg gegen die westlichen Unterstützerländer und es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass es mit den Mitteln von Sabotage, Einschüchterung, Propaganda und der Unterstützung pro-russischer Parteien den Zufluss an Waffen und Geld in die Ukraine erheblich stören kann. Insbesondere in Deutschland kommt der russischen Einflussnahme zugute, dass das historische Bündnis beider Länder noch immer in manchen Teilen der Gesellschaft zu spüren ist. Das Unbehagen mit der westlichen Zivilisation, die Verachtung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Arroganz und Überheblichkeit gegenüber den osteuropäischen Nachbarländern tragen dazu bei, dass die russische Seite mit Verständnis und Sehnsucht begegnet wird. Dem Gegenüber ist die unabhängige Geschichte der Ukraine oftmals weder bekannt noch anerkannt, sondern wird der Russischen einfach untergeordnet.

Kriegswirtschaft in Russland

Nachdem klar wurde, dass die russische Armee sowohl den ukrainischen Verteidigungswillen als auch ihre militärischen Fähigkeiten stark unterschätzt hatte, der Krieg demnach länger andauern würde, stellte die Russländische Föderation ihre Wirtschaft auf Kriegswirtschaft um.

Unter den Maßgaben der Kriegswirtschaft werden der nationalen Kapitalproduktion im großen Stil finanzielle Mittel und Ressourcen entzogen, um sie der Produktion

von Rüstungsgütern zuzuführen. Per staatlicher Direktive wird die Produktion von ihrem Profitinteresse abgetrennt und zur Produktion „nicht-produktiver Werte", vor allem Rüstungsgüter, gezwungen. (Sohn-Rethel: Industrie und Nationalsozialismus). Unter dieser Vorgabe werden Marktgesetze außer Kraft gesetzt und die Produktion nicht mehr durch eine effektive Nachfrage angekurbelt, sondern durch staatlichen Konsum, d.h. es entsteht eine „staatlich induzierte Produktion". (Mattick: Marx und Keynes). Im Gegensatz zu zivilen Industriezweigen kehren die Endprodukte aus der Rüstungsindustrie nicht mehr auf den Markt zurück. Zwar können Rüstungsgüter wie im Falle Russlands gewinnbringend exportiert und anderen Staaten finanziell zur Last gelegt werden, aber im Kriegsfall und besonders unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft absorbiert und vernichtet die Rüstungsproduktion enorme Mengen industrieller und finanzieller Ressourcen. Es entsteht dadurch ein „defizitärer Profitkapitalismus". (Sohn-Rethel)

Denn obgleich die Russländische Föderation nach wie vor eine kapitalistische Gesellschaft ist, priorisiert und finanziert der Staat die Produktion unprofitabler Rüstungsgüter, indem er besonders die profitabelsten Sektoren bei Investitionen, Krediten, Subventionen, staatlichen Aufträgen sowie Forschungsgeldern systematisch benachteiligt. Der totale Zusammenbruch der für Russland bedeutsamen IT-Brache seit 2022 ist hierfür ein gutes Beispiel. Durch die westlichen Sanktionen ist der russische Markt zudem in großen Teilen vom Handel mit westlichen Industrienationen und damit auch von hochtechnologischen Produkten abgeschnitten. In kürzester Zeit brachen ganze Lieferketten zusammen und Produktionseinrichtungen mussten schließen, weil ausländische

Zulieferer nicht mehr liefern konnten. Hinzu kommen eine hohe Inflationsrate und ein Leitzins der Zentralbank von derzeit 21%, welche profitable Investitionen außerhalb des Rüstungssektors in Russland derzeit vollkommen unmöglich machen. Durch eine Welle der Auswanderung seit 2022 sowie die anhaltende Rekrutierung von Soldaten wurde der durch den demographischen Wandel bereits bestehende Mangel an Arbeitskräften nochmals extrem verschärft. Seither konkurrieren die in Geld schwimmenden russischen Rüstungsbetriebe um Arbeitskräfte, was auf der einen Seite zwar zu Vollbeschäftigung und Lohnsteigerung führt, dafür aber die Inflation in die Höhe treibt und anderen Wirtschaftssektoren notwendige Arbeitskräfte entzieht. Selbst die Rekrutierungsbüros müssen für neue Verträge mit immer höheren Prämien locken, wodurch die Kriegskosten derzeit noch weiter steigen. Zur Finanzierung der Kriegswirtschaft stehen dem Putin-Regime im Wesentlichen nur Mittel zur Verfügung, die durch Steuereinnahmen oder den Einnahmen staatlicher Betriebe (z.B. Rohstoffexporte) zuvor den profitablen Sektoren entzogen wurden. Dadurch wird die Kriegswirtschaft mit einer schweren ökonomischen Krise nach dem Ende des Krieges bezahlt werden müssen. Deren destruktive Auswirkungen für die russische Wirtschaft können derzeit nur erahnt werden.

Indem die russische Kriegswirtschaft der Bevölkerung einen relativen Aufschwung suggeriert, wird ein Ende der Kriegswirtschaft ohne totalen Sieg für das Putin-Regime immer unwahrscheinlicher. Sobald der massive Einsatz von Geld und Arbeitskräften in Militär und Rüstungsindustrie zurückgeht, müssten die frei gewordenen Arbeitskräfte und das Investitionskapital von der zivilen Wirtschaft absorbiert werden – diese wurde aber im

Zuge der Kriegswirtschaft vollkommen dezimiert. Bei Kriegsende drohen Russland daher massive Arbeitslosigkeit und Hyperinflation. Das Putin-Regime wird den Ausbruch dieser Nachkriegs-Krise mit allen Kräften zu verhindern versuchen, weshalb ein Ende der Kriegswirtschaft und mit ihr ein Ende des Krieges derzeit unwahrscheinlich ist. Die innere Krisendynamik der Kriegswirtschaft spielt dem orientalischen Despotismus somit in die Hände, befeuert seinen aggressiven Charakter und erhöht die Gefahr, dass dieser Krieg auf Länder der europäischen Union übergreifen könnte, sollte Russland nicht gestoppt werden.

5. AUSBLICK

Die Ukraine widersetzt sich seit nunmehr drei Jahren dem Zugriff des despotischen Russlands. Ihr Abwehrkrieg kann nicht hoch genug eingeschätzt werden und erfordert größtmögliche Unterstützung und Solidarität. Pazifistische und antimilitaristische Positionen sind in der derzeitigen Lage nicht nur vollkommen unangebracht, sondern nützen allein der Russländischen Föderation, indem sie die Unterstützung der Ukraine untergraben. Der systemisch aggressive Charakter des russischen Staates fühlt sich derweil gerade durch die Schwäche und Unentschlossenheit seiner Gegner motiviert. Im Pazifismus dieser Tage wird die heimliche Hoffnung auf den Sieg der Barbarei offenbar, die derzeit gegen die ukrainischen Verteidigungslinien stürmt. Darin sind rechte und linke Putinisten deckungsgleich. Ihr Antimilitarismus will die Ukraine und nach ihr die Europäische Union ans Messer der eurasischen Legionen Moskaus ausliefern.

Emanzipatorische und kommunistische Kräfte dürfen sich in diesem Krieg nicht passiv verhalten, sondern müssen erkennen, dass der militärische Abwehrkampf der Ukraine das Land „zum Epizentrum des Widerstands gegen die Versklavung [durch den Putinismus] gemacht hat. Der Kampf der Ukrainer gibt all jenen Hoffnung, die derzeit vom Putinismus unterdrückt werden" (Anti-Authoritarian Platoon, Kyjiw: Manifest of the Resistance Committee).

Die anti-despotische Revolution der Ukraine könnte auch zum Vorbild auch anderer Revolutionen werden. Dem politischen und militärischen Kampf gegen das Putin-Regime und seine Verbündeten kommt daher zumindest prinzipiell das Potenzial zu, zu einer universellen sozialen Emanzipation ausgeweitet zu werden. Namentlich der Kampf um die Befreiung der Frauen im Iran und die anti-autoritären Revolten in China weisen in diese Richtung: Die Richtung der freien Entwicklung der Individualität gegen jedwede Entfremdung. Wird dieses Potential mobilisiert, so besteht die Chance, dass die anti-despotischen Revolten auf die westliche Welt zurückschlagen könnten.

Die Solidarität mit der Ukraine darf darum kein „Burgfrieden" mit der kapitalistischen Gesellschaft oder gar deren politischen Verwaltern sein. Die kommunistische Position muss inhaltlich und organisatorisch eigenständig bleiben und sich konsequent als solche formulieren. Denn die bürgerliche Freiheit des Individuums bleibt eine historisch bornierte Form. Ihr vorausgesetzt ist eine grundlegende soziale Unfreiheit der wirklichen Individuen. Sie besteht wesentlich im Recht des Bürgers, sich in einem eng begrenzten Umkreis frei zu bewegen, ohne schädliche Übergriffe auf die anderen auszuüben, sie ist daher eine negativ bestimmte Freiheit

des isolierten Menschen. Die kommunistische Freiheit hingegen basiert auf bewusster Kontrolle der Individuen über den gesellschaftlichen Lebensprozess. Sie ist die positiv bestimmte Freiheit einer tendenziell schrankenlosen Entwicklung der frei assoziierten Individuen, ihrer Fähigkeiten und Genüsse.

Der Kampf um den Kommunismus darf aber keinesfalls als abstrakter Gegensatz zu demjenigen um bürgerliche Freiheit verstanden werden. Der Kommunismus ist die Notbremse, welche den Fortschritt in das Unglück aufhalten soll. Aus diesem Grund ist er gekoppelt an den militärischen und politischen Widerstand gegen die barbarische Raserei der despotischen und konterrevolutionären Achsenmächte samt ihrer reaktionären Hetzmeute.

VERWENDETE LITERATUR

- Anti-Authoritarian Platoon, Kyjiw: „Manifest of the Resistance Committee"
- Catherine Belton: „Putins Netz"
- Guy Debord: „Die Gesellschaft des Spektakels"
- Rudi Dutschke: „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen"
- Orlando Figes: „Die Tragödie eines Volkes. Die russische Revolution 1891 -1924"
- W. I. Lenin: „Werke Band 28. Genossen, Arbeiter! Auf in den letzten entscheidenden Kampf!"
- Georg Lukács: „Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins"
- Karl Marx: „Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jh. Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie"
- Karl Marx: „Artikel in der Tribune Juni 1853"
- Karl Marx: „Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch"
- Paul Mattick: „Marx und Keynes"
- Christopher R. Miller: „Der Chip Krieg"
- Alfred Sohn-Rethel: „Industrie und Nationalsozialismus"
- Karl Schlögel: „Entscheidung in Kiew"
- Ferenc Tökei: „Zur Frage der asiatischen Produktionsweise"
- Karl August Wittfogel: „Die orientalische Despotie"

A
L
K

A
L
K
Instagram
Texte
Facebook